

## Europa Aktuell 8/2017

### Zukunft der EU: Papier zur Zukunft der EU-Finzen

*Im Zuge des Nachdenkprozesses über die Zukunft der EU folgten dem Weißbuch fünf [Reflexionspapiere](#). Dem [Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen](#) sollte dabei besondere Beachtung geschenkt werden, da eine Um- und Neuverteilung der Finanzen gravierende Auswirkungen auf alle Politikbereiche haben wird.*

Das von den Kommissaren Oettinger (Budget) und Cretu (Regionalpolitik) vorgestellte Papier befasst sich stark mit der Frage des europäischen Mehrwerts. EU-Finanzmittel sollten v.a. dort eingesetzt werden, wo sie einen Zusatznutzen im Vergleich zu nationalen Fördermitteln bringen. Ein derartiger Mehrwert ist offensichtlich bei grenzübergreifenden Programmen, länderübergreifenden Infrastrukturprojekten und Investitionen in Ländern mit großem wirtschaftlichem Aufholbedarf. Im Bereich der Regionalpolitik besteht Konsens, dass derartige Projekte weiterhin gefördert werden sollen. Der Mehrwert von Geldflüssen in reichere Regionen wird aber auf dem Prüfstand stehen, nicht zuletzt aufgrund der sich durch den Brexit auftuenden Finanzierungslücke. Dieses Budgetloch könnte auch die Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik beeinflussen. Die Förderung von agrarischen Großbetrieben steht – auch nach einer öffentlichen Konsultation über die [Zukunft der GAP](#) – in der Kritik, das Reflexionspapier selbst verweist darauf, dass 20% der Begünstigten 80% der Direktzahlungen erhalten. Die Kommission selbst will außerdem mehr Geld für Politikbereiche, wo gemeinsames Handeln sinnvoll ist, d.h. Steuerung der Migration, innere und äußere Sicherheit, Kontrolle der Außengrenzen, Terrorismusbekämpfung sowie Forschung und Entwicklung.

Die starre Budgetzuteilung auf einzelne Kategorien wird zur Diskussion gestellt, gerade die Krisenjahre haben gezeigt, dass das EU-Budget mehr Flexibilität benötigt. Ebenfalls zur Diskussion gestellt wird die Frage, wo Finanzhilfen und Subventionen weiterhin sinnvoll sind und wann stattdessen Finanzinstrumente eingesetzt werden sollen.

Auch dieses Reflexionspapier zeigt abschließend fünf Szenarien für die künftigen Einnahmen und Ausgaben, die im Wesentlichen die Szenarien des Weißbuchs widerspiegeln:

- Weiter wie bisher;
- Weniger gemeinsames Handeln;
- Einige tun mehr;
- Radikaler Umbau;
- Erheblich mehr gemeinsames Handeln;

Interessante Einschätzungen zum Mehrwert von EU-Ausgaben ergeben sich derzeit durch einen Blick nach Großbritannien. In Anbetracht des nahenden Brexit sprechen

sich insbesondere Hochschulen und Forschungseinrichtungen für eine weitere Teilnahme an einschlägigen Programmen aus. Auch Landwirte und Regionen fürchten das Ende der EU-Förderungen und fordern nationale Nachfolgeprogramme. Am 25. September organisiert die EU-Kommission dazu eine große [Konferenz in Brüssel](#). Dabei sollen nicht nur Finanzexperten, sondern auch direkt Betroffene Gelegenheit bekommen, Vorstellungen zur Gestaltung des künftigen Finanzrahmens zu formulieren. In Österreich bieten sich für derartige Debatten insbesondere die [Bürgerstammtische](#) des Bürgerforums Europa an, da Anregungen und Antworten gesammelt werden und in die Diskussion auf europäischer Ebene eingebracht werden.

## **Karl-Heinz Lamberts ist neuer AdR-Präsident**

*Der langjährige Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Karl-Heinz Lamberts, wurde am 12. Juli zum neuen Präsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt. Er folgt dem Finnen Markku Markkula.*

Mit dem Halbzeitwechsel übernimmt Karl-Heinz Lamberts nun für die nächsten zweieinhalb Jahre die Präsidentschaft des Ausschusses der Regionen. Lamberts verwies in seiner Antrittsrede u.a. auf die Bedeutung der Kohäsionspolitik. Er gilt als klarer Verfechter der grundsätzlichen Förderfähigkeit aller Regionen nach 2020, kommt er doch aus einer [Grenzregion](#), die selbst massiv von EU-Förderungen profitieren konnte. Außerdem ersuchte er die Mitglieder, ihre Erfahrung und ihr Wissen stärker in die Arbeit auf europäischer Ebene einzubringen und dazu beizutragen, den AdR als politisches Schwergewicht in Brüssel zu verankern.

Karl-Heinz Lamberts wird sein Mandat bis Ende 2019 ausüben, Markku Markkula wird ihm dabei als Vizepräsident zur Seite stehen.

<http://cor.europa.eu/de/Pages/home.aspx>

## **Tourismus auf Agenda des EU-Parlaments**

*Im EU-Parlament diskutierte der Ausschuss für Verkehr und Tourismus mit Industriekommissarin Bienkowska über die Rolle des Tourismus in der EU. Mit dabei war Bgm. Hanspeter Wagner als Vertreter des AdR.*

Der [Ausschuss für Verkehr und Tourismus](#) bat Kommissarin Bienkowska Anfang Juli zur Aussprache, um über die Versäumnisse der Juncker-Kommission im Bereich der Tourismuspolitik zu sprechen. Der ungarische Abgeordnete Istvan Ujhelyi fand klare Worte, er ist mit den Aktivitäten der EU-Kommission nicht zufrieden, der Tourismus ist noch immer nicht Teil der strategischen Planung, obwohl er als Querschnittsmaterie Auswirkungen auf zahlreiche Bereiche hat. Das EU-Parlament wird daher gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen und Interessensvertretern einen Brief an Präsident Juncker schicken, um die Aufnahme des Tourismus ins nächste Arbeitsprogramm der EU-Kommission einzufordern. Diese Forderung wird nicht nur von zahlreichen Abgeordneten, sondern auch von Bgm. Wagner als Vertreter des AdR unterstützt.

Kommissarin Bienkowska erteilte dem jedoch postwendend eine Absage. Die Kommission plane weder eine Revision der Tourismusstrategie, noch die Aufnahme des Tourismus ins Arbeitsprogramm 2018. Dieses wird weiterhin nur große Initiativen enthalten, der Tourismus sei aber ohnehin Teil der Industriestrategie.

## **Transparenzregister: Parlament bereit für Verhandlungen**

*Das EU-Parlament veröffentlichte kürzlich sein Mandat für die Verhandlungen mit der EU-Kommission und dem Rat über ein Lobbyingregister. Es geht darum, welche Interessensvertreter als Lobbyisten gelten und welche Daten offen zu legen sind.*

Das EU-Transparenzregister ist seit April 2014 die unendliche Geschichte der Brüsseler Kommunalvertretungen. Seitdem damals das interinstitutionelle Abkommen zwischen Kommission und EU-Parlament besiegelt wurde, gelten auch Gemeinden, Gemeindeverbände und Bürgermeister als Lobbyisten und sollten sich, wenn sie Kontakt mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen suchen, im Transparenzregister eintragen.

Problematisch dabei ist, dass die kommunale Ebene eine Sonderbehandlung erfährt, die für die regionale oder zentralstaatliche Ebene nicht gilt. Gegen diese nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung traten die kommunalen Verbände vehement auf und versuchten dabei auch, in Brüssel das Verständnis für die Aufgaben der Gemeinden zu erhöhen.

Der Erfolg schlug sich einerseits im Vorschlag für ein neues Transparenzregister nieder, den die Kommission im Herbst 2016 vorlegte und der eine Gleichbehandlung aller staatlichen Ebenen vorsieht. Andererseits aber auch im vom EU-Parlament verabschiedeten [Giegold-Bericht](#) über Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität der ebenfalls Verständnis für die Aufgaben der lokalen Ebene zeigt und diese nicht anders behandelt sehen will, als Bundesländer und Nationalstaaten.

Das Verhandlungsmandat des EU-Parlaments geht auf die Frage der Einbeziehung staatlicher Akteure nicht ein, sondern gibt lediglich den Startschuss für die Verhandlungen mit den anderen Institutionen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170615IPR77523/more-lobby-transparency-to-foster-public-trust-in-eu-institutions>

## **Ombudsleute suchen Antworten auf Populismus**

*Am 19.Juni fand in Brüssel ein Netzwerktreffen der europäischen Ombudsleute statt. Dabei wurde auch darüber diskutiert, wie sie in ihrer Tätigkeit mit Populismus umgehen sollen.*

Die Europäische Bürgerbeauftragte Emil O'Reilly lud ihre Kollegen aus ganz Europa zum Netzwerktreffen nach Brüssel. Bei dieser Gelegenheit wurden auch aktuelle politische Fragen diskutiert, u.a. wie Politik und Bürgerbeauftragte mit populistischen Strömungen umgehen sollen. In der Debatte herausragend war der [Bürgermeister von Mechelen](#),

Bart Somers, der davor warnte, Populisten und deren Anhänger als Idioten zu bezeichnen. Denn ohne ein ausgesprochenes Maß an Intelligenz würde es den Populisten nicht so erfolgreich gelingen, Tatsachen zu verdrehen, scheinbare Wahrheiten zu erfinden und die übrige Politik vor sich herzutreiben. Somers sieht den Erfolg seiner Politik in Mechelen darin, dass einerseits für alle Bewohner klargestellt wurde, dass die gesetzlichen und gesellschaftlichen Regeln des Zusammenlebens für alle gleichermaßen gelten und dass deren Einhaltung auch in allen Stadtvierteln gleichermaßen kontrolliert wird. Außerdem betont er bei jeder Gelegenheit, dass die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts eine andere ist als jene des 20. Jahrhunderts, weshalb auch von den sog. Alteingesessenen verlangt werden kann, Veränderungen zu akzeptieren.

Der CEO der [Open Government Partnership](#), einer multilateralen Initiative für Korruptionsbekämpfung und Förderung von Transparenz und Bürgerbeteiligung, sprach über die Vorteile neuer Medien bei der Aufdeckung von Korruption, aber auch über die sich dadurch bietenden Möglichkeiten, Politik mithilfe partizipativer Prozesse wieder greifbarer und nachvollziehbarer zu machen.

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass nicht Mini-Populismus gegen Populismus wirkt, sondern der ehrliche Diskurs mit der Bevölkerung. Auch wurde der Wahlerfolg von Frankreichs Präsident Macron und seiner Bewegung LRM als positives Beispiel für Populismus genannt, schließlich ist diese Bewegung von unten entstanden und vereint Zivilgesellschaft und Politik. Im Gegensatz zu jenen Populisten, die sich auf das Feindbild der Eliten konzentrieren, ohne selbst handeln zu müssen, kann die zur Elite gewordenen Zivilgesellschaft in Frankreich nun zeigen, welche gesellschaftlichen Veränderungen tatsächlich aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

<https://www.ombudsman.europa.eu/de/home.faces>

## **Europäisches Kompetenzprofil: Unterstützung bei Kompetenzerfassung**

*Insbesondere bei der Erfassung von Kompetenzen von Flüchtlingen und Migranten soll das europäische Kompetenzprofil eingesetzt werden. Dieses Online-Tool steht kostenlos in mehreren Sprachen zur Verfügung.*

Die EU-Kommission präsentierte kürzlich ein europäisches Kompetenzprofil, das mittels [Online-Tool](#) helfen soll, die Kompetenzen von Flüchtlingen und Zuwanderern zu erfassen. Aufnahmezentren, Integrationsdienste, Arbeitsmarktservice und ähnliche Einrichtungen, die Drittstaatsangehörige bei der Arbeitssuche unterstützen, können kostenlos auf das Tool zugreifen und gemeinsam mit den betroffenen Personen (das gesamte Tool wird u.a. auch auf Arabisch, Farsi oder Paschtun angeboten) ein Kompetenzprofil erstellen. Dadurch kann den betreffenden Personen zur Anerkennung ihrer Qualifikationen verholfen werden, bzw. ermöglicht die Auswertung Orientierungshilfen für den (weiteren) Bildungs- oder Beschäftigungsweg.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-17-1603\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1603_de.htm)